

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion

Abwasser auf die Mühlen der Justiz: Altanschießer erneut im Recht - Rückzahlungen jetzt auf den Weg bringen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, in einem Rundschreiben an alle kommunalen Aufgabenträger im Bereich der Abwasserentsorgung mitzuteilen, dass gezahlte Beiträge, die auf Bescheiden beruhen, die sich in Ansehung der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 (BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14) als rechtswidrig erweisen und nicht bestandskräftig geworden sind, unverzüglich zurückzuzahlen sind und die Rückzahlung nicht mit Verweis auf einen Wechsel des Einrichtungsträgers, auch wenn dieser nach dem Jahr 2000 erfolgt ist, verweigert werden kann.

Begründung:

Auch mehr als sechs Jahre nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in der die Verfassungswidrigkeit der Beitragspraxis in Brandenburg im Bereich der sog. Altanschießerbeiträge festgestellt wurde, haben immer noch nicht alle Betroffenen ihr Geld zurückerhalten. Selbst Personen, deren Bescheide nicht bestandskräftig geworden sind (weil sie Widerspruch eingelegt sowie geklagt haben), haben bisweilen die rechtswidrig vereinnahmten Beträge nicht zurückbekommen, weil manche Abwasserzweckverbände im Wege kreativer Rechtsauslegung meinten, Wege zu finden, sich der Geltung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu entziehen. Hierzu wurde folgende Rechtsauffassung nach den BVerfG-Beschlüssen am 12.11.2015 erfunden:

- Selbst wenn es sich um Fälle handelt, die ihren Anschluss vor dem Jahr 2000 erhalten haben und selbst wenn die Anschlussnehmer ihre Bescheide nicht haben bestandskräftig werden lassen, gilt die Rechtsprechung des BVerfG nicht, weil:
- Nach dem Jahr 2000 der Verband durch Beitritt neuer Gemeinden eine Umstrukturierung erfahren hat, wodurch ein Wechsel des Einrichtungsträgers vorläge, was einer „neuen“ Anlage gleichkomme, sodass der Vertrauensschutz nicht mehr gelte.

Noch in der letzten Wahlperiode wurde durch die Landesregierung die Existenz solcher Fälle geleugnet. Es wurde bestritten, dass es derartige Verfahren gäbe, dies selbst dann noch, als solche bereits offenkundig in zweiter Instanz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg anhängig waren. Inzwischen hat das Bundesverwaltungsgericht in dritter und letzter Instanz entschieden.

Das Bundesverwaltungsgericht kommt in seinem Urteil vom 06.10.2021 (BVerwG 9 C 9.20) zu dem Ergebnis, dass eine solche Umgehung der Geltung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht zulässig ist, die betreffenden Altanschießerbescheide ebenfalls rechtswidrig sind und die Anschlussnehmer Anspruch auf Rückzahlung haben, sofern die übrigen Voraussetzungen vorliegen. Hierzu stellt das Bundesverwaltungsgericht unmissverständlich fest, dass *„es dem Satzungsgeber nicht zu[steht], durch die formale Ausgestaltung des Übergangs der öffentlichen Einrichtung auf einen anderen Einrichtungsträger die Anwendbarkeit verfassungsrechtlicher Maßstäbe zu verhindern“* (a. a. O., Rn. 28). Allein, dass es einer solchen Feststellung mehr als sechs Jahre nach der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts bedarf, sagt einiges über die fortwährende Altanschießerbeitragspraxis zumindest einiger Verbände aus. Hiernach muss selbstverständlich auch der „neue“ Verband gegen sich gelten lassen, dass für den Anschlussbeitrag eine hypothetische Festsetzungsverjährung eingetreten war und der Vertrauensschutz selbstverständlich auch zugunsten dieser Anschlussnehmer gilt. *„Diese mit dem Eintritt der Festsetzungsverjährung begründete Vertrauensposition ist auch vom Zweckverband als Träger der rechtlich neuen Anlage zu beachten“* (Rn. 36). Genau diese Argumentation wurde seit Jahren durch die Bürgerinitiativen gegen die rechtswidrige Erhebung von Altanschießerbeiträgen vertreten, während Abwasserzweckverbände, die als vermeintlich neutrale Sachverständige im Landtag angehört wurden und so die Rechtsanwendung prägen konnten, dies brüsk zurückwiesen. Bezeichnenderweise findet sich bis heute kein Hinweis auf dieses richtungsweisende Urteil auf den Seiten des Landeswasserverbandstages, der stets als die zentrale Institution den einzelnen Zweckverbänden Orientierung gibt, wie mit problematischen Fällen umzugehen sei.

Die Situation führte dazu, dass Bürger seit mitunter zehn Jahren auf die Rückzahlung der rechtswidrig vereinnahmten Beiträge warten, von denen seit gut sechs Jahren verfassungsgerichtlich feststeht, dass sie verfassungswidrig erhoben wurden. Befeuert wurde dies durch die auch im Landtag auftretende Argumentation, wonach man ja an die Finanzen der Verbände denken müsse, sodass auch bestimmte rechtswidrige Vereinnahmungen hinzunehmen seien. Auch hierfür findet das Bundesverwaltungsgericht deutliche Worte: *„Der damit verbundene Eingriff in Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem in Art. 20 Abs. 3 GG verankerten Grundsatz des Vertrauensschutzes lässt sich weder durch die Prinzipien der Beitragsgerechtigkeit und der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung noch durch das Haushaltsinteresse der Einrichtungsträger oder durch Praktikabilitätsabwägungen verfassungsrechtlich rechtfertigen“* (Rn. 38). Es ist bezeichnend, dass sechs Jahre nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die deutlich die Verfassungswidrigkeit der Beitragserhebung beschrieb und eine Verletzung des rechtsstaatlich gebotenen Vertrauensschutzes als gegeben sah, nunmehr das Bundesverwaltungsgericht darauf hinweisen muss, dass der Vertrauensschutz für jedermann gilt, nur, weil es Zweckverbände gibt, die sich immer noch aus der Geltung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung herauswinden wollen.

Hiernach ist es endlich an der Zeit, wenigstens den Bürgern mit unstreitig rechtswidrigen und nicht bestandskräftigen Altanschließerbescheiden die Rückzahlung zu gewähren. Das Bundesverwaltungsgericht sieht sich sogar dazu „genötigt“, in der Urteilsbegründung Folgendes festzustellen: *„Der Grundsatz des Vertrauensschutzes schützt das Vertrauen in die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der unter der Geltung des Grundgesetzes geschaffenen Rechtsordnung und der auf dieser Grundlage erworbenen Rechte. Die Grundrechte wie auch das Rechtsstaatsprinzip garantieren dabei im Zusammenwirken die Verlässlichkeit der Rechtsordnung als wesentliche Voraussetzung für die Selbstbestimmung über den eigenen Lebensentwurf und damit als eine Grundbedingung freiheitlicher Verfassungen“* (Rn. 30). Es handelt sich also nicht um irgendwelche Nischenprobleme und Sonderwünsche zur Beitragsentlastung, sondern die Feststellung grösster Verletzungen rechtsstaatlicher Grundsätze.

In der Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 09.02.2022 wurde durch die Landesregierung immerhin die Existenz solcher Fälle eingeräumt. Zugleich wurde mitgeteilt, dass eine entsprechende Abfrage bei den Zweckverbänden erfolgt. Allerdings zeigt die Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 1853, dass ein bloßes Zuwarten nicht möglich ist, sondern es eines Antrages bedarf, um die Rückzahlungen auf den Weg zu bringen. Denn auf die Frage, ob die Landesregierung bereit ist, den Zweckverbänden mitzuteilen, dass sie auf Grundlage dieses Urteils (gegen welches Rechtsmittel nicht möglich sind) anzufangen haben, die betreffenden Beiträge zurückzuzahlen, um es den Betroffenen nicht zuzumuten, jeweils einzeln bis zum Bundesverwaltungsgericht durchzuklagen, teilt die Landesregierung allen Ernstes mit, dass sie *„keinen Zweifel [hat], dass die von der aktuellen Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung betroffenen Aufgabenträger diese in rechtmäßiger Weise umsetzen werden“* (Antwort auf Frage 2, Drucksache 7/5227). Diese Antwort erweist sich angesichts der mittlerweile zehn Jahre währenden rechtswidrigen Beitragserhebungs- bzw. Nichtrückzahlungspraxis als Hohn gegenüber den Betroffenen. Zugleich wurde deutlich, dass die zentralen Parameter nach der Gesamtbetroffenheit, der Sicherstellung, dass nicht weitere Ausreden zur Umgehung der BVerfG-Rechtsprechung gefunden werden sowie der Frage nach dem Zeitpunkt der Rückzahlung u.v.a.m. überhaupt nicht erfragt wurden (Frage 3). Hiernach ist - unter Würdigung der Erfahrungen der letzten zehn Jahre - zu befürchten, dass weitere Verschleppungen und Frustrationen zulasten der Betroffenen eintreten.

Hiernach braucht es ein verbindliches Rundschreiben der Landesregierung, in welchem den Zweckverbänden aufgegeben wird, zumindest diese Beiträge zurückzuzahlen und den Bürgern nicht zuzumuten, erneut individuell alle Instanzen zu beschreiten. Das neuerliche Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist ein Grundsatzurteil, welches unverzüglich in allen gleichgelagerten Fällen Beachtung finden muss. Die Wiederherstellung von Akzeptanz in Verwaltungshandeln in diesem Bereich erfordert diesen Schritt zeitnah.